

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Ist die Lärmschutzwand ein teurer Schildbürgerstreich?

Diese Frage gehört eigentlich vor der Kommunalwahl beantwortet.

Zur Vorgeschichte: Grüne und CDU haben vor Jahren das Baugebiet Plassage/Lange Äcker beschlossen. Nach Gesetzeslage mußte dann eine Lärmschutzwand (770 m lang, z.T. bis 6,50 m hoch) für über zwei Millionen DM gebaut werden. Die Kosten wurden auf die Bürgerinnen und Bürger im Westen Walldorfs umgelegt.

Die Fraktion DKP/OL beantragte, vor und nach dem Bau des Lärmwalls im Osten Walldorfs Lärmmessungen vorzunehmen.

Der Antrag wurde am 14. 9. 1999 (gegen die Stimmen der CDU!) im Stadtparlament angenommen.

Die ersten, leider sehr kurzen Messungen, erfolgten am 11. April 2000. Am 16. Oktober 2000 fragte die DKP/OL-Fraktion nach Ergebnissen.

In der Antwort hieß es u.a.: *„Es ist gewährleistet, dass Anfang 2001 erneute Lärmmessungen durchgeführt werden.“* Bei Nachfrage auf dem Rathaus hieß es jetzt, *„wahrscheinlich wird im April gemessen“.*

Mittlerweile hat ein ausgewiesener Fachmann Vor- und Nachmessungen durchgeführt.

Daraus geht hervor, dass der Lärm auf der Ostseite der Bahn tatsächlich dramatisch angestiegen ist. Es scheint bewiesen, dass sich der Lärm entlang der Riedbahntrasse vor allem durch den Zugverkehr verdoppelt hat. Eine neue Lage also. Damit ist genau das eingetreten, was Anwohner und auch wir befürchteten.

Die Fraktion der DKP/OL schrieb deshalb in einem Brief am 18.2.2001 an

Bürgermeister Brehl: *„Wir fordern den Magistrat auf, unverzüglich die vergleichenden Lärmmessungen im Bereich Revio/str./Walldorf Ost durchzuführen und die Meßergebnisse zu veröffentlichen. Es geht nicht an diesen Termin in den April zu verschieben. Wir erwarten, daß dieses kommunalpolitisch brisante Thema vor der Kommunalwahl am 18.*

März 2001 auf Grundlage der ermittelten Werte öffentlich diskutiert und sachlich bewertet werden kann. Sollte sich herausstellen - und einiges spricht dafür - daß die Lärmschutzwand jetzt wesentlich mehr Lärm in Walldorf-Ost verursacht, dann werden die Stadtverwaltung und die Stadtverordnetenversammlung sehr bald über Konsequenzen aus der Beschlußfassung auf Grundlage eines Lärmgutachtens, in dem das ausgeschlossen wurde, nachdenken müssen. Möglicherweise im Rahmen einer Sondersitzung.“

Brehl jedoch blockt ab, er will Ruhe an der Mauer. Er meint (FR 23-2): *Jene die behaupten es würden die Kontrollmessungen verschleppen, „sind Schlechtchwätzer“.* In einer Mischung von Frechheit und Arroganz hat er übersehen, niemand hat das behauptet. Die DKP/OL hat

nur gefordert die Messungen nach dem Bau der Lärmschutzwand vorzuziehen. Brehls Argument man müsse genau im April die Kontrollmessungen machen, sind Quatsch. Auch im April kann es schwer sein, genau die meteorologischen Verhältnisse der Erstmessung zu treffen. Man kann natürlich Brehl auch verstehen - wenn sich herausstellt, dass sich der Lärm auf der Ostseite der Bahn verdoppelt hat, dann hat er ein Problem. Das ist dann schon ein Sache die Wirbel machen wird. Nach dem Ärger auf der Westseite nun Ärger auf der Ostseite? Nicht auszudenken! rh

... damit der „blickpunkt“ weiter berichten kann

Jeden Monat erscheint der „blickpunkt“ in einer Auflage von 12.500 Exemplaren. Wir bemühen uns, dass er in jedes Haus kommt. Unsere politischen Kontrahenten ärgern sich oft, wenn eine neue Ausgabe auf dem Tisch liegt. Das ist gut so. Der „blickpunkt“ macht vieles öffentlich, was sonst nicht bekannt würde. Ein älterer Mörfelder sagte einmal: *„...der ‚blickpunkt‘ ist die kleine Zeitung mit der großen Wirkung!“* So soll es auch künftig sein.

Viele Mörfelder und viele Walldorfer freuen sich, wenn sie eine neue Ausgabe in den Händen halten. Wir erhalten oft Spenden für die Zeitung. Aber ohne die Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen, die alle Mandatsträger der DKP/Offene Liste vollständig für die Finanzierung zur Verfügung stellen, könnte der „blickpunkt“ nicht gedruckt werden.

Deshalb entscheidet auch das Wahlergebnis über die weitere Zukunft des „blickpunkt“. Kommt die DKP/OL mit möglichst vielen Leuten in die Stadtverordnetenversammlung, dann erscheint auch der „blickpunkt“ weiterhin monatlich. Denken Sie bitte daran am 18. März 2001.

Vier Jahre danach

Kurz vor der Wahl kommen wieder SPD-Flugblätter auf den Tisch die vor allem durch ihre Überheblichkeit auffallen. Auch die Briefe des Bürgermeisters wollen da nicht zurückstehen. Grundtenor: alles was sich in der Stadt positiv entwickelte kommt von der SPD. Das fällt natürlich auch Leuten auf, die sich nicht allzusehr um Kommunalpolitik kümmern. Für Menschen, die sich ein wenig auskennen ist das SPD-Gehabe einfach nur peinlich. Dabei war die SPD vor vier Jahren doch recht hilflos - sie hatte keine absolute Mehrheit - aber durchaus ihre Erfahrungen mit diversen Koalitionspartnern. Wer sich diese Erfahrungen ansieht, versteht, weshalb sie damals auf die DKP/OL zukam. Einmal trieben sie es mit der CDU, da merkten sogar rechte Sozialdemokraten, das wird eine Rolle rückwärts. SPD-Grüne-Koalitionen gab es auch mehrfach. Ergebnisse: ein teurer grüner Stadtrat und ein paar Straßenbäume. Aber viel Ärger und Durcheinander.

Was hat's gebracht?

Nach der vierjährigen Legislaturperiode, werden wir natürlich jetzt auch gefragt - was hat eure Übereinkunft mit der SPD gebracht?

Für uns war von Anfang an klar, eine Koalition gibt es nicht. Wir lassen uns nicht verbiegen. Wer den „blickpunkt“ regelmäßig liest, wer sich die Parlamentspraxis der DKP/OL ansieht, wird feststellen, wir haben uns nicht verändert.

Wir haben uns in der Stadtverordnetenversammlung bei Entscheidungen zum Haushaltsplan der Stimme enthalten, damit die SPD, der eine Stimme an der absoluten Mehrheit fehlte, mehrheitsfähig wurde. Somit war jeweils der Haushalt gesichert, der Grundlage für die Handlungsfähigkeit der Verwaltung ist. Die Vereine bekamen die notwendigen Zuschüsse, es konnte gearbeitet werden.

Mit diesem Stimmverhalten wurde eine Koalition von SPD und CDU verhindert. Wir verhinderten damit vor allem einen dritten Stadtrat (und damit Kosten in Millionenhöhe). Wir verhindert-

ten ein Parkhaus zwischen Frankfurter Straße und alter Polizeistation (und damit noch mehr Autoverkehr im Stadtzentrum Mörfelden); wir froren die Gebühren in den Kindergärten und Schwimmbad ein; wir waren gegen die Privatisierung des Bauhofs; wir waren gegen die Ausweitung der Baugebiete; wir waren gegen Gebührenerhöhungen.

Vota DKP/OL!
DKP/OL'e oyunu ver
Votez DKP/OL!
Vote DKP/OL!
DKP/OL Εκλεγω!

Wir waren für Verkehrsberuhigung, für eine fahrradfreundliche Stadt; waren für niedrige Gebühren im Schwimmbad und Kindergärten; wir waren für ein intensives Engagement der Stadt gegen die Flughafenpläne (in Rhein-Main und Egelsbach); wir waren für die Stärkung des öffentl. Nahverkehrs. Wir konnten uns durchsetzen in vielen Bereichen zum Nutzen der Bevölkerung in unserer Stadt.

Unser beharrliches Bemühen brachte viele Vorhaben auf den Weg. Das Bürgerhaus wird saniert; in Sachen Radwege und Radabstellmöglichkeiten wurde viel erreicht. Bernhard Brehl reklamiert das heute als seine Erfolge. In Wirklichkeit hatte er viele Dinge jahrelang in seinen Schubladen, er mußte regelrecht geprügelt werden, damit Entscheidungen vorankamen. Wir hatten Erfolg und darauf kann man auch stolz sein.

Wie wird es weitergehen? Die SPD/Grüne-Regierung in Berlin macht noch mehr „Scheiß“ wie vorher die Schwarzen in Bonn, sie führten sogar einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, den außerdem noch die Bürgerinnen und Bürger bezahlen müssen. Von der Wiesbadener Schmiergeldtruppe ist ebenfalls keine städtefreundliche Politik zu erwarten. Also haben die Kommunen nach wie vor viel zu wenig Mittel um die Daseinsfürsorge ordentlich zu organisieren.

Da werden weiterhin Leute gebraucht, die auf diese Zustände hinweisen. Wenn „unten“, alles ruhig ist, glauben die da „oben“ sie könnten die Ausplünderung der „kleinen Leute“ immer so fortsetzen. Linke Politik, bleibt also weiterhin wichtig. Die allerdings kann man in der Opposition betreiben oder in anderen Konstellationen - dies haben die vier Jahre in unserer Stadt belegt. Wichtig ist, dass man nicht vergißt wo man herkommt und dass man nicht vor den angeblichen „Sachzwängen“ einknickt. Wichtiger als die Stadtverordnetenversammlung ist die außerparlamentarische Begleitung der Parlamentsarbeit z.B. durch eine Stadtzeitung wie unseren „blickpunkt“. So gesehen bleibt es eine gute Idee die Liste der DKP/OL zumindest aber Kandidaten dieser Liste am 18. März anzukreuzen. RD - RH



Kandidatinnen und Kandidaten der DKP/Offene Liste für die Kommunalwahl 2001

Zwanzig Kandidatinnen und Kandidaten hat die DKP / Offene Liste für die Wahl am 18. März aufgestellt. Auf den ersten acht Plätzen stehen:



Gerd Schulmeyer
49 Jahre, Lagerist
DKP



Helga Fritz
37 Jahre
Betriebswirtin, DKP



Angela Kolbe
21 Jahre
Studentin, parteilos



Björn Doland
22 Jahre
Zweiradmechaniker, PDS



Hagen Helbig, 40,
BMSR-Techniker,
PDS



Dr. Ute Hechler, 37,
Tierärztin,
parteilos



Rudolf Dötsch, 60,
Maschinensetzer,
DKP



Wolfgang Ebenhöf,
49, Lehrer,
PDS

Erna Hechler-Schulmeyer, 43, Dipl. Sozialarbeiterin, DKP
Sebastiano Rapisarda, 56, Schulhausverw., PDS/Ital.
Rudi Hechler, 66, Rentner, DKP
Thorsten Müller, 23, Verkäufer, DKP
Heinz Hechler, 72, Rentner, DKP
Karl Fahrbach, 73, Rentner, DKP

Ludwig Hechler, 45, Dipl. Ing., DKP
Barbara Köhler, 35, Übersetzerin, parteilos
Käthe Hechler, 63, Hausfrau, DKP
Rainer Haag, 57, Maurer, DKP
Willi Hechler, 66, Rentner, DKP
Klaus Schulmeyer, 45, Sozialarbeiter, parteilos

ANZEIGE

Willkommen auf den
Web-Seiten der
DKP Mörfelden-Walldorf
www.dkp-mw.de

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

FORUM ZUR BÜRGERMEISTERWAHL

Was erwartet die Jugend vom Bürgermeister?
Jugendliche sagen ihre Meinung

8. März 2001, 20 Uhr, Bürgerhaus, Klubraum

Einladet:

Gerald Breidert, Rechtsanwalt, unabhängiger Bürgermeisterkandidat

Wir geben Rechenschaft

Jeden Monat gibt es einen neuen „blickpunkt“ - jeden Monat machen wir unsere kommunalpolitischen Initiativen öffentlich, legen Rechenschaft ab. Das macht uns keiner nach. Für unsere Wählerinnen und Wähler, und für alle die uns vielleicht demnächst wählen werden, gibt es zusätzlich eine kleine Übersicht. Vier Jahre DKP/OL-Arbeit im Stadtparlament. Eine Kurzfassung.

Kita-Gebühren

Zu Beginn der Wahlzeit 1997/2001 konnte die DKP/OL erreichen, dass die Kita-Gebühren für die nächsten 4 Jahre auf dem Stand vom 1. Januar 1997 festgeschrieben werden. Das Angebot „Mittagessen in der Kita“ in der Ganztagsbetreuung wurde ebenfalls für die nächsten vier Jahre auf dem derzeitigen Standard festgeschrieben.

Altstadtentwicklung

Die DKP/OL konnte durchsetzen, dass kein Parkhaus am Dalles gebaut und ein Konzept für die Altstadtentwicklung in Mörfelden entwickelt wird. Hier zu gab es zudem massiven außerparlamentarischen Druck von Bürgerinnen und Bürgern, so dass auch die SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen unserem Antrag zustimmten.

Dreihäusergasse

Einstimmig wurde ein Antrag der DKP/OL beschlossen, wonach der Magistrat aufgefordert wird, unverzüglich eine Planung zur zukünftigen Nutzung des Grundstückes Dreihäusergasse 4 vorzulegen. Die DKP/OL protestier-

„Große“ und „kleine“ Politik gehören zusammen. Wenn „oben“ das Geld verpulvert wird, fehlt es „unten“ den Kommunen.

Wenn „oben“ die „Grünen“ vor der Atomlobby einknicken, kann man ihnen auch bei der Kommunalwahl einen Denkkzettel geben.

Wenn „oben“ „Sozial“demokraten den „kleinen Leuten“ in die Taschen greifen, dann sollte man es auch bei einer Wahl „unten“ nicht vergessen.

te aber auch gegen den überhasteten und vom uns missbilligten Abriss des Hofmeyer-Hauses.

Vitrolles

Auf Initiative der DKP/OL hat die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung (gegen die Stimmen der CDU) den Bürgerinnen und Bürgern und allen Organisations in Vitrolles, die sich gegen die Regierungs-Praxis des Front National stellen, ihre volle Solidarität zugesagt.

Gemeindefinanzen

Die DKP hat in vielen Haushaltsdebatten auf die Finanzsituation der Städte und Gemeinden aufmerksam gemacht. Wir haben stets die Folgen von Sozialabbau auf die kommunale Politik und unseren Protest gegen Steuergeschenke in Milliardenhöhe, die Großkonzerne seit Jahren einstecken, aufgezeigt. Auch zum jeweiligen Haushalt brachte die DKP/OL Resolutionen ein, die sich entschieden gegen alle Pläne wandten, die Mittel der Kommunen weiter zu kürzen. In einem Schreiben an den Deutschen Städtetag und den Städte- und Gemeindebund wurden die Kommunen, die Bürgermeister und die Parlamentarier aufgefordert, entschiedene Maßnahmen einzuleiten, damit eine bessere Finanzausstattung der Städte und Gemeinden erreicht wird.

Sozialbericht

Mehrheitlich beschloss das Stadtparlament einen Antrag der DKP/OL, in dem der Magistrat aufgefordert wird, jährlich mit der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs einen Sozialbericht (Armutsbericht) vorzulegen, aus dem die soziale Situation der Bürgerinnen und Bürger hervorgeht. Gerade die Kommunen müssen hier verstärkt aufklären und politischen Druck ausüben gegen eine Politik, die weitere Einschnitte in das soziale Netz zulässt.

Abfallverwertung

Die DKP/OL protestierte auch auf der parlamentarischen Ebene entschieden gegen Beitritt der Riedwerke zum Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS). Wir halten es für eine Zumutung wie von oben herab die Bürgerinnen und Bürger mit neuen Gebührenerhöhungen im Abfallbereich konfrontiert werden.

Am 18. März gibt es ein neues Wahlsystem.

Gut, daß man auch wählen kann wie früher, einfach eine Parteiliste ankreuzen.

Wir meinen natürlich, am besten die DKP/OL. Aber sie wollen vielleicht lieber die Grünen oder die SPD?

Na, dann können Sie sich unsere Liste mal ansehen und vielleicht doch ein paar Kreuze bei unseren Leuten . . . ?

Schreiben an Züblin

Auf Initiative der DKP/OL wird die Züblin AG von der Stadtverordnetenversammlung (gegen die Stimmen der CDU) aufgefordert, endlich zu der Verantwortung der Firma in der Zeit des Faschismus zu stehen und sich am geplanten Industriefonds, der für die Zwangsarbeiter-Entschädigung eingerichtet werden soll, zu beteiligen.

Lärmschutzanlage

Das Stadtparlament beschließt auf Antrag der DKP/OL in der Reviostraße/Walldorf Ost eine Lärmmessung vor Baubeginn und nach Fertigstellung der Wand eine Kontrollmessung durchzuführen.

Bushaltestellen

Die DKP/OL Fraktion fordert die Instandsetzung der Warthallen an den

Die DKP / OL hat sich in den vergangenen Jahren aktiv und erfolgreich für Kindergärten und Schulen eingesetzt.

Ohne unser Engagement müßten die Schülerinnen und Schüler heute den Bus zur Bertha-von-Suttner-Schule selbst bezahlen.

Diese Arbeit wollen wir im Parlament fortsetzen. DKP/OL damit Sozialpolitik groß geschrieben wird.

Bushaltestellen in beiden Stadtteilen, bessere Beleuchtung und weitere Wartehallen an Haltestellen.

Kita-Ganztagsgruppe

Die DKP/OL fordert in der städtischen Kindertagesstätte II die Einrichtung einer Ganztagsgruppe.

Schülerverkehr

Schülerinnen und Schüler sollten erstmals seit Bestehen der Gesamtschule im Jahre 1971 für die Busbeförderung zahlen. Die DKP/OL forderte darauf hin die weitere kostenlose Busbeförderung und den Magistrat auf, sich um eine Rückgängigmachung des Kreistagsbeschlusses zu bemühen. Nach langem Protest kam im Stadtparlament mit den Stimmen der DKP/OL eine Mehrheit zustande, dass die Schülerinnen und Schüler zunächst einmal wenigstens in den Monaten November bis April die Kosten erstattet bekommen.

Akteneinsichtsausschuss

Auf Initiative der DKP/OL wurde der Haupt- und Finanzausschuss als Akteneinsichtsausschuss bestimmt, der die bisherige Tätigkeit der Verwaltung in Sachen „Sitz der Stadtwerke“ zu klären hatte. Als der Ausschuss zum ersten Mal tagte, legte Bürgermeister Brehl flink eine Drucksache zur Übertragung des Postgebäudes Walldorf an die Stadtwerke vor.

Rechtsgefahren

Das Stadtparlament beschloss mehrheitlich auf Antrag der DKP/OL eine Resolution gegen Neofaschismus. Und wieder war die CDU-Fraktion gegen einen solchen Antrag.

Flughafenausbau

Immer und immer wieder haben wir zu diesem Thema Stellung bezogen und Initiative ergriffen. Neben der ständigen Begleitung im „blickpunkt“ hat die DKP/OL Fraktion folgende Anträge gestellt:

Zusammenschluss von Kommunen gegen den Flughafenausbau

Der Magistrat wurde aufgefordert, unverzüglich mit den Flughafen-Anliegerkommunen Kontakt aufzunehmen mit dem Ziel, ein gemeinsames Vorgehen gegen die Flughafenenerweiterung zu erreichen.

Maßnahmen gegen Flughafenenerweiterung

Mehrheitlich beschlossen (gegen die Stimmen der CDU) wurde der Antrag zur Bildung eines Ausschusses, der den Widerstand gegen eine Flughafenenerweiterung unterstützen soll. Die DKP/OL stellt den Vorsitz in diesem Ausschuss.

Keine Flughafenenerweiterung

Auf Initiative der DKP hat das Stadtparlament eine gemeinsame Resolution gegen die Flughafenenerweiterung beschlossen.

Protest-Transparente gegen den Flughafenausbau

Anbringung der Protest-Transparente an öffentlichen Gebäuden, sobald der Anmietungszeitraum der Flächen zur Anbringung der städtischen Protest-Transparente abgelaufen ist.

Kampagne gegen Flughafenausbau

Auf Initiative der DKP/OL startet die Stadt Mörfelden-Walldorf im April 2001 eine Anzeigekampagne gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens. Betroffene Kommunen im Flughafenumland sollen für eine gemeinsam organisierte und finanzierte „Groß-Plakat“-Aktion gewonnen werden. Zudem protestiert die Stadt Mörfelden-Walldorf entschieden bei allen infrage kommenden Stellen gegen die sich häufenden Überflüge von Maschinen, die sich an keine festgelegten Routen halten. Erneuter Protest gegen die wachsende Zahl von Nachtflügen und für ein Nachtflugverbot.

Radwege

Zu diesem Thema hat die DKP/OL zahlreiche parlamentarische Initiativen

gestartet und wir haben im „blickpunkt“ immer wieder dazu geschrieben und nachgehakt. Hier nur einige der Initiativen:

Die DKP/OL fordert für die Anschaffung und Montage neuzeitlicher Fahrradständer den Ansatz im Vermögenshalt heraufzusetzen.

Die DKP/OL legt einen Antrag vor, in dem der Magistrat beauftragt wird, für das Aufstellen von abschließbaren Fahrradboxen an den Bahnhöfen Angebote von Firmen einzuholen, die auch die Aufstellung und Betreuung der Einrichtungen übernehmen.

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob es möglich ist, einen Radweg von der Kreuzung Farmstraße / Aschaffener Str. bis zur B44 (Badeseer) anzulegen.

Die DKP/OL fordert erneut die Radwegverbindung von der Okrifteiler Straße bis zum Walldorfer Badesee voranzubringen.

Dies ist nur ein kurzer Überblick über vier Jahre Parlamentsarbeit der DKP/OL-Fraktion. Mit der außerparlamentarischen Begleitung durch den „blickpunkt“ spielte die 5-köpfige Fraktion eine wichtige Rolle in der Stadtverordnetenversammlung. Das kann auch weiter so sein - wenn Sie am 18. März die DKP/OL wählen.



Wir wollen die radfahrerfreundliche Stadt



Seit 1990, d. h. inzwischen seit über 10 Jahren, kümmern wir uns um eine umweltfreundliche Verkehrspolitik, die konsequent das Fahrradfahren fördert. Die DKP/OL-Fraktion hat das Thema „radfahrerfreundliche Stadt“ seit 1990 im Stadtparlament und im Magistrat immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Themen: mehr Sicherheit für Fahrradfahrer, örtliche und überörtliche Radwege und deren Verbesserung bzw. Beschilderung, Bordsteinabsenkungen, Fahrradabstellplätze.

Viele Initiativen wurden ergriffen. In über 30 Ausgaben dieser Zeitung wurde auf Mißstände hingewiesen.

Unzählige Anträge wurden im Stadtparlament zu diesem Thema eingebracht und 200 Unterschriften von Fahrradbenutzern, Radsportlern und nicht zuletzt von vielen Hausfrauen, die umweltbewußt ihre Einkäufe mit dem Fahrrad anstatt mit dem Auto erledigen, wurden dem Bürgermeister übergeben.

Ebenso wurde von uns in einem Brief an den Landrat des Kreises Groß-Gerau auf die mangelhafte Ausführung der überörtlichen Radwege und die fehlende Beschilderung im Kreis aufmerksam gemacht.

Es mußten also, im wahrsten Sinne des Wortes, dicke Bretter gebohrt werden.

Was erreicht wurde

Es wurde im Bauamt ein neuer Mitarbeiter eingestellt, der sich überwiegend dem Thema Radwege widmet. Aufgrund unserer Initiative wurde erstmals für unsere Stadt von einem Büro für Verkehrswesen eine Radverkehrsplanung erstellt, wonach in mehreren Schritten im Anschluß an überörtliche Radwege, innerörtlich die Verbindung hergestellt werden kann. Nun konnte auch im gesamten Stadtgebiet die

Radwegebeschilderung mit Ziel- und km-Angaben vorgenommen werden. An einigen Stellen im Stadtgebiet sind neue Radwege entstanden, wie links und rechts der Aschaffenburger-Straße (Walldorf) und entlang der B 486 (Rüsselsheimer Straße) sowie entlang des Schwimmbadweges (Mörfelden). In beiden Stadtteilen an vielen öffent-



Vorbildliche Fahrradabstellanlagen

lichen Gebäuden wurden neue, zum Teil überdachte, Fahrradständer montiert. (Es wäre zu Wünschen, wenn sich die örtlichen Geschäfte dieser Maßnahme anschließen würden.) Ende vergangenen Jahres wurde am Übergang Hotel Europa eine Querungshilfe gebaut.

(Die DKP/OL hatte hierfür bereits 1991 einen Antrag gestellt. Aber die Bürokratie arbeitete langsam. Viele Unfälle mit mehreren Toten hätten nicht erst passieren müssen.)

Vieles muß noch geschehen

Obwohl schon manches auf unser Drängen hin geschah, muß doch noch viel getan werden um Mörfelden-Walldorf zur radfahrerfreundlichen Stadt zu erklären. Wir werden uns darum kümmern.

So hat die Sicherheit auf den Straßen für Schülerinnen und Schüler Vorrang, die per Fahrrad zur Schule, ins

Schwimmbad, zu den Sportplätzen und Turnhallen fahren.

Aber auch an die mit dem Fahrrad einkaufenden und zur Arbeit fahrenden Bürger muß gedacht werden.

Wir haben bis heute noch kein durch-



Wenig Sicherheit. Vollbepackte Radfahrerin auf der Langener Straße

gehendes innerstädtisches Radwegesetz. An verkehrsreichen Straßen fehlen Fahrradstreifen z.B. in der Langener Straße, Gerauer Straße, Rüsselsheimer Straße, Frankfurter Straße in Mörfelden und Kelsterbacher Straße, Farnstraße, Okrifteiler Straße, Vitrolles-Ring, Nordring, Aschaffenburger Straße (über die beiden Brücken zum Badesee und zur B44) in Walldorf.

Bis jetzt gibt es oft nur Teilstücke - immer enden plötzlich vorhandene Radwege.

Die Radfahrer müssen sich auf der Fahrbahn zwischen den Fahrzeugen einfädeln, wie z. B. am Nordring, an der Okrifteiler Straße (Feuerwehrgerätehaus) in Walldorf und am Schwimmbadweg-Gerauer Straße, im Zillering und an der Umgehungsstraße (B44)-Gerauer Straße. Das Befahren von Einbahnstraßen in Gegenrichtung sollte für Radfahrer ermöglicht werden.

An den Bahnhöfen fehlen noch Fahrradabstellanlagen. Auch der Kreis als Schulträger muß endlich seiner Pflicht nachkommen und an den Schulen neuzeitliche Fahrradständer aufstellen.

Heinz Hechler

Wenn Sie wollen,
daß Mörfelden-Walldorf
wirklich zur
radfahrerfreundlichen Stadt
wird, dann helfen Sie mit
und
wählen am 18. März

DKP/OL - Liste 5

Der Rote Abend

Politisches Abhängen in gediegener Atmosphäre

Jeden Mittwoch 20.00 Uhr Juz Mörfelden
Diskussion - Film - Vorträge
direct Action - Kneipe
Zeitschriften - Abhängen

Der Castor rollt! Vielleicht auch durch Mörfelden-Walldorf?

Info-Veranstaltung zu den
Castortransporten

Mittwoch, 14. März 2000 Uhr im
Juz Mörfelden

Zu Gast:
Ein Referent von Greenpeace



Doppel Denk

Ende März beginnen die nächsten Castortransporte. Eine mögliche Route würde sie auch durch Mörfelden-Walldorf führen. Wie sicher sind die Transport? Wie Sinnvoll? Sind es die letzten vor dem Atomausstieg? Oder kommt der Ausstieg aus der Atomenergie doch nicht? Antworten und mehr am 14.3 um 20.00 im Juz Mörfelden.

Redaktion Doppeldenk, Kontakte über: Angela Kolbe, Heinerweg 14; Björn Doland, xxxstraße 00, Florian Bernhard, Ederstr. 8; Martin Wilker, Isarstr. 33, Sebastian Schwappacher, Heidelberger Str. 25, Mörfelden-Walldorf (doppeldenk@gmx.de) oder die „blickpunkt“-Redaktion



Endlich mal wieder so ein richtig schöner Spruch.

Dabei dachten wir, die Zeit des Personenkults sei längst vorbei und höchstens in Pjönjang würde noch so blumig formuliert. Wie man sich täuschen kann.

Dann legte H. J. Vorndran noch einiges drauf: „Bernhard Brehl ist dafür verantwortlich, dass wir eine tolerante Stadt sind, in der man sich wohlfühlen, leben, wohnen und arbeiten kann.“ Als ich das las dachte ich, spinnt der jetzt auch noch?

Gerade der Erste Stadtrat weiß doch, wieviel Leute aus unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Gruppen der Bevölkerung an diesem Ziel „tolerante Stadt“ arbeiten.

Aber nein, die Wahl steht vor der Tür, da wird alles von der SPD für sich reklamiert. Egal wer letztlich eine Sache initiierte, beantragte oder mas-

siv unterstützte. Gute, geschelte und kluge Leute gibt's halt nur bei der SPD.

Ziemlich ärgerlich, verletzend und politisch unklug solche Vorndran-Sprüche. Man sollte dran denken. Demnächst. rh

Warum ich für die DKP/Offene Liste kandidiere



Nach einigen Jahren Mitarbeit im Elternbeirat städtischer Kindertagesstätten einschl. Stadt-Kindertagesstättenbeirat ist mir klar geworden, dass Eltern und Kindern in dieser Stadt nichts geschenkt wird.

Trotz Rechtsanspruch auf einen Kindertagesplatz für alle Dreijährigen mangelt es in Mörfelden-Walldorf nach wie vor an sog. Essensplätzen, die vielfach eine Berufstätigkeit erst ermöglichen. Auch der Bedarf an Betreuungsangeboten für Schulkinder ist höher als das Angebot.

Weitere Verbesserungen im Angebot – auch hinsichtlich der Personalbemessung – werden bisher mit der geringen Kostendeckung in diesem Bereich verweigert. Ein Unding, wenn man bedenkt, dass es sich nur lohnen

kann, in unsere Kinder zu investieren. Hier muss ein Umdenken einsetzen:

- Verbesserung des Personalschlüssels in den städtischen KITAs, damit auch bei krankheitsbedingten Ausfällen eine pädagogisch sinnvolle Arbeit möglich ist.
- Schaffung einer Springerstelle für Notfälle.
- Weiterer Ausbau von Kindergartenplätzen, insbesondere von Essensplätzen und Hortplätzen zur Entlastung Berufstätiger.
- Und das alles ohne Gebührenerhöhung!

Mörfelden-Walldorf sollte nicht nur Schlagzeilen als „Solar-Stadt“ machen sondern auch als besonders kinderfreundliche Stadt im Kreis Groß-Gerau. Auch wenn die finanziellen Mehrbelastungen vielleicht nur über Einsparungen bei diversen Großprojekten ausgeglichen werden können.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist für mich, die Attraktivität des ÖPNV zu steigern. Die ist beim Warten an zugigen Haltestellen ohne Überdachung besonders im Regen nicht sehr groß. Auch hier muss noch viel getan werden!
Ute Hechler

Rückt die Menschen in den
Mittelpunkt!
Linke Politik ins Stadtparlament



Der Spenglermeister Wilhelm Kümmel aus Mörfelden war den Überlieferungen nach ein überaus vielseitiger Handwerker. Neben dem Herstellen von Dachrinnen, Kamineinfassungen und dem Flickten bzw. Lötten von Bettflaschen oder sonstigem Geschir, befaßte er sich auch mit dem Bohren von Brunnen und dem Pumpenbau. Es handelte sich damals um die großen Hofpumpen aus Holzstämmen, die vor dem Verlegen der kommunalen Wasserleitungen in fast jeder Hofreite standen. Darüber hinaus wurden Milchkannen, Eimer, Jaucheschöpfer (Puhschepfer) und, wie auf unserem Foto zu sehen, Gießkannen aus Zinklech hergestellt. Die Firma hatte auch viele Kunden in Nachbargemeinden u. a. in Worfelden, sodaß die hergestellte Ware oder das Werkzeug auf zweirädrigen Hand-Stoßkarren oft über Feldwege dorthin transportiert werden mußte. Das Bild entstand Anfang der zwanziger Jahre im Hof des kleinen Eisenwarengeschäftes mit Spenglerei in der Darmstädter Straße 18. Zu sehen ist Wilhelm Kümmel mit seinen Lehrlingen und Junggesellen, links Jakob Jungmann und rechts neben dem Meister Jakob Schäfer beim Zusammenlöten einer Gießkanne, Leo Fix und Georg Glotzbach am mit dem Fuß zu betätigenden Schleifstein.



Schwarzgeld

Vermutet haben es ja viele, aber jetzt ist es höchstrichterlich ausgesprochen. Das hessische Wahlprüfungsgericht hat die Prüfung der Landtagswahl eingestellt, obwohl die CDU die Wahl durch den Einsatz von Schwarzgeld gewonnen hat („Frankfurter Rundschau“, 24. Februar 2001). Richter Bernhard Heitsch: Die Hessen-CDU verwendete im Wahlkampf des heutigen Ministerpräsidenten Roland Koch deutlich mehr als eine Million Mark aus nichtdeklarierten Kassen, deren Herkunft unklar sei. Daraus habe die Partei unter anderem fast vollständig

eine Plakat- und Unterschriftenaktion gegen die doppelte Staatsangehörigkeit finanziert. Dies muß auch den örtlichen CDU-Vertretern gesagt werden, die das miese Spiel mit der Unterschriftensammlung damals noch verteidigten.

Die CDU in Hessen ist mit Schwarzgeld an die Regierung gekommen und Rudi Haselbach, der Landtagsabgeordnete aus unserer Stadt wäre vielleicht ohne die Unterstützung aus schwarzen Koffern heute nicht im Landesparlament. Daran sollten sich auch die Wähler am 18. März bei der Stimmabgabe für den Kreistag und für das Stadtparlament erinnern. HH

Unser Lexikon

Schbrisch

„Oh Herr,
loss Owend wern,
am beste
am Daach.“